

Internationaler Tag gegen den Einsatz von Kindersoldat*innen: Tierärzte ohne Grenzen fordert verstärkte Anstrengungen der Bundesregierung

Pressemitteilung

Berlin, 12. Februar 2024

Zwischen 2005 und 2022 haben die Vereinten Nationen 105.000 Fälle von Kindern verifiziert, die weltweit Teil nationaler Armeen oder bewaffneter Gruppen - davon viele tausend in verschiedenen Ländern Afrikas - eingesetzt wurden. Die Dunkelziffer ist hoch und die Anzahl der ehemaligen Kindersoldat*innen - die bisher her kaum erfasst ist - um ein Vielfaches höher. Diese jungen Menschen brauchen die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.

Als unterzeichnender Staat der UN-Kinderrechtskonvention und des Zusatzprotokolls sieht Tierärzte ohne Grenzen auch die deutsche Bundesregierung in der Pflicht, [ehemalige] Kindersoldat*innen zu schützen und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Dazu gehört die Aufstockung der geringen und vor allem stetig sinkenden Finanzierung von Projekten, die auf die Versorgung, den Schutz und die Hilfe für [befreite] Kindersoldat*innen abzielen. Darüber hinaus braucht es verbindliche Aktionspläne zur Beseitigung schwerer Kinderrechtsverletzungen, zu denen der Einsatz von Kindern und Jugendlichen in staatlichen Armeen oder bewaffneten Gruppen gehört. Nicht zuletzt müssen [ehemalige] Kindersoldat*innen als das anerkannt werden, was sie sind: Opfer oft schwerster Menschen- und Kinderrechtsverletzungen.

Wieviel Leid und Gewalt junge Menschen, die als Kindersoldat*innen rekrutiert wurden, ertragen haben und immer noch darunter leiden, ist kaum in Worte zu fassen. Die Kinder müssen nicht nur die Traumata verarbeiten, die sie während ihrer Zeit als Soldat*innen erlitten haben, sondern auch mit der Stigmatisierung und Ablehnung durch die Gemeinschaften leben, in die sie zurückkehren. Ohne einen angemessenen Wiedereingliederungsprozess besteht für diese Kinder die große Gefahr, dass sie wieder rekrutiert werden.

Deswegen hat Tierärzte ohne Grenzen zusammen mit UNICEF mehr als 3.000 Kindersoldat*innen im Sudan und Südsudan zurück in die Zivilgesellschaft begleitet und ihnen einen Weg in eine Zukunft ohne Waffen ermöglicht. Doch die Finanzierung für weitere Projekte und damit die Möglichkeit noch mehr Kindern und Jugendlichen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, werden nicht bereitgestellt.

Willie Tuimising, Landesdirektor Südsudan, berichtet: „Unsere Projekte können die Leben ehemaliger Kindersoldat*innen zum Positiven verändern. Das zeigt die Geschichte von Maze aus dem Südsudan. Nach seiner Freilassung haben wir ihn mit der Bereitstellung von Geflügel, Material zum Gehegebau und grundlegendem Wissen zur Haltung und Pflege unterstützt. Maze und seine Familie sind jetzt in der Lage, sich mit dem Fleisch und den Eiern der Hühner selbst zu ernähren. Außerdem können sie mit dem Verkauf von Überschüssen auf lokalen Märkten Geld verdienen, welches für die Bezahlung von Grundnahrungsmitteln, Mazes Schulbesuch und seine Schulkleidung oder andere notwendige Ausgaben verwendet werden kann. Die Bereitstellung von Nutztieren oder die Ausbildung zu Tiergesundheitsshelfer*innen schafft nicht nur eine Einkommensbasis für die jungen Menschen selbst, sie trägt auch zum Überleben der Familie und der Gemeinschaft bei. Um noch mehr Kindern wie Maze helfen zu können, brauchen wir eine ausreichende Finanzierung.“

Christian Griebenow, Vorstandsvorsitzender, ergänzt: „Wir freuen uns, dass die Kinderkommission des Bundestages schon im Januar 2024 Aufmerksamkeit für die gravierenden Menschenrechtsverletzungen, die der Einsatz von Kindern und Jugendlichen als Soldat*innen bedeutet, geschaffen hat. Die dabei fraktionsübergreifend zusammen gekommen 270 roten Handabdrücke als mahnendes Stoppschild sind ein starkes Zeichen. Zeichen allein retten jedoch keine jungen Menschen. Ohne den entsprechenden Einsatz der jeweiligen Fachpolitiker*innen bei den Kolleg*innen im Haushaltsschuss des Deutschen Bundestag bleibt dies leider reine Symbolpolitik. Fakt ist, im Südsudan haben weder UNICEF noch das Auswärtige Amt überhaupt noch Mittel um hier etwas für die Reintegration von Kindersoldat*innen zu tun. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen muss in einer Welt, die von zu vielen neuen Kriegen und Konflikten gezeichnet ist, Priorität sein. Wir appellieren an die deutsche Bundesregierung der UN-Kinderrechtskonvention und dem Zusatzprotokoll Priorität einzuräumen und Taten folgen zu lassen.“

Wir fordern den Einsatz der Bundesregierung für:

- Versorgung, Schutz und Hilfe für [befreite] Kindersoldat*innen
- Ausreichende Finanzierung von Hilfsprogrammen, vor allem im Südsudan, Somalia, dem Sudan, DRC und Mali
- Aktionspläne zur Beseitigung schwerer Kinderrechtsverletzungen
- [Klein-]Waffenexporte verhindern, die in Kinderhände gelangen, die eigenen Rüstungsexportvorgaben gerade von Kleinwaffen ernst nehmen und endlich den seit 2014 in Kraft gesetzten und auch für Deutschland verbindlichen internationalen Arms Trade Treaty (ATT) wirksam anwenden
- Bestrafung der Verantwortlichen für Rekrutierungen und den Einsatz von Kindern
- Verbot der Rekrutierung und des Einsatzes von Minderjährigen (Straight 18)
- Kindersoldat*innen müssen als Opfer von Gewalt anerkannt werden
- Gewährung von politischem Asyl für ehemalige Kindersoldat*innen